



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere
Sicherheit und Sport

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/16299

**zur effektiveren Überwachung gefährlicher
Personen**

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Norbert Dünkel u.a. CSU

Drs. 17/17058

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur ef-
fektiveren Überwachung gefährlicher Perso-
nen (Drs. 17/16299)**

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/17191

**zum Gesetzesentwurf der Staatsregierung zur
effektiveren Überwachung gefährlicher Perso-
nen
(Drs. 17/16299)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derung durchgeführt wird:

In § 1 Nr. 2 Buchst. a wird in der Neufassung von
Art. 11 Abs. 3 Satz 1 Satzteil nach Nr. 2 PAG das
Wort „Gewalttaten“ durch das Wort „Angriffe“ er-
setzt.

Berichterstatter zu 1., 2.: **Dr. Hans Reichhart**

Berichterstatter zu 3.: **Florian Streibl**

Mitberichterstatter zu 1., 2.: **Prof. Dr. Peter Paul
Gantzer**

Mitberichterstatter zu 3.: **Jürgen Heike**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und
Sport federführend zugewiesen.
Der Ausschuss für Verfassung, Recht und
Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf
endberaten.

Zum Gesetzentwurf wurden der Änderungsan-
trag Drs. 17/17058 und nach der federführen-
den Beratung zusätzlich noch der Änderungs-
antrag Drs. 17/17191 eingereicht.

2. Der federführende Ausschuss hat den Ge-
setzentwurf und den Änderungsantrag Drs.
17/17058 in seiner 73. Sitzung am 31. Mai
2017 beraten und mit folgendem Stimmergeb-
nis:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Ablehnung

mit der in I. enthaltenen Änderung Zustim-
mung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs.
17/17058 hat der Ausschuss mit folgendem
Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme
in I. seine Erledigung gefunden.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und
Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und
die Änderungsanträge Drs. 17/17058 und
Drs. 17/17191 in seiner 74. Sitzung am
22. Juni 2017 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Aus-
schuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden
Ausschusses zugestimmt mit der Maßga-
be, dass in § 4 als Datum des Inkrafttretens
der „1. August 2017“ eingefügt wird.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs.
17/17058 hat der Ausschuss mit folgendem
Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme
in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs.
17/17191 hat der Ausschuss mit folgendem
Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender